



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/9
Sitzungstag:	Dienstag, den 22.11.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:05 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/911

1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

1.4. Beschlüsse - entfällt -

1.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.6. Empfehlungen an den Rat

1.6.1. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Mühlenberghalle

Vorlage: V/2011/764

1.6.2. Antrag der Stadt Wipperfürth auf Genehmigung des Namenszusatzes "Hansestadt"

Vorlage: V/2011/763

1.7. Anfragen

1.7.1. Mühlenberghalle und Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Immobilien; Brachmann, Peter / SPD-Fraktion, vom 06.11.2011

Vorlage: F/2011/120

1.7.2. Lärm, Verschmutzung und Sicherheit in der Innenstadt;

Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 08.11.2011

Vorlage: F/2011/121

1.8. Anträge

- 1.8.1. Sicherung der Dorfschulen;
Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 05.11.2011
Vorlage: A/2011/111

1.9. Mitteilungen

- 1.9.1. Verlängerung der Nordtangente (B 237n)-; mündlicher Bericht der Verwaltung
- 1.9.2. Sanierung Walter-Leo-Schmitz-Bad;
hier: endgültige Kostenübersicht
Vorlage: M/2011/918
- 1.9.3. Termine der Rats- und Ausschusssitzungen 2012
Vorlage: M/2011/913

1.10. Verschiedenes

- 1.10.1. Ablauf der Ratssitzung am 14.12.2011
Vorlage: M/2011/914
- 1.10.2. Nachfrage bezüglich der Resolution des Rates zur Dichtigkeitsprüfung

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -**
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen
 - 2.4.2. Verkauf von städtischen Erbpachtgrundstücken
Vorlage: V/2011/762
 - 2.4.3. Verkauf von städtischen Grundstücken
Vorlage: V/2011/765
 - 2.4.4. Vergabe der Elektroarbeiten für die Basisstation Wasserquintett
Vorlage: V/2011/766
 - 2.4.5. - entfällt; TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen -
 - 2.4.6. Vertragliche Angelegenheiten Ortsumgehung B 237 n
Vorlage: V/2011/781
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -**
- 2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -**
- 2.7. Anfragen - keine -**
- 2.8. Anträge - keine -**
- 2.9. Mitteilungen**
 - 2.9.1. Situation Alte Drahtzieherei; mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
 - 2.9.2. Personalentwicklungskonzept; Sachstandsbericht der Verwaltung
Vorlage: M/2011/915
- 2.10. Verschiedenes - entfällt -**

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt, wobei zuvor auf Anregung des Rats Herrn **Scherkenbach** unter dem TOP 1.10.2 eine Nachfrage zum Thema „Resolution des Rates zur Dichtigkeitsprüfung nach dem Landeswassergesetz“ erfolgen kann.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/911

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse - entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Mühlenberghalle

Vorlage: V/2011/764

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die notwendige Sanierung der Mehrzweckhalle Mühlenberg erfolgt über die Bildung einer Instandhaltungsrückstellung von 1.000.000 € in der Abschlussbilanz 2011.

Dafür werden im Ergebnisplan 2011 -(Teil)Produkt 1.01.03.03 / technische Betreuung-, außerplanmäßig 1.000.000 € bereit gestellt.

Diese Instandhaltungsrückstellung wird im Ergebnisplan 2012 aufgelöst und für die Finanzierung der Sanierungsarbeiten verwendet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Im Rahmen der kurzen Diskussion teilt StVR **Persian** auf Nachfrage mit, dass in die weiteren Überlegungen angesichts der Flachdachproblematik auch die Prüfung einer alternativen Dachform, etwa ein Pult- oder Satteldach mit leichter Neigung, einbezogen wird. Dies sei natürlich auch eine Kostenfrage. Hierüber werde im Bauausschuss berichtet.

1.6.2 Antrag der Stadt Wipperfürth auf Genehmigung des Namenszusatzes "Hansestadt"

Vorlage: V/2011/763

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die Stadt Wipperfürth führt künftig die Bezeichnung „Hansestadt Wipperfürth“

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

1.7 Anfragen

1.7.1 Mühlenberghalle und Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Immobilien;

Anfrage des Rats Herrn Peter Brachmann / SPD-Fraktion, vom 06.11.2011

Vorlage: F/2011/120

Die Anfrage und die Antwort hierauf waren Bestandteile der Einladung. Ergänzend zu den schriftlichen Antworten und auf die Zusatzfragen des Rats Herrn **Brachmann** führt StVR **Persian** aus, dass der Schaden an der Dachkonstruktion ohne Photovoltaik-Anlage ebenso hoch geworden sei wie jetzt mit der Anlage. Dieser Schaden habe sich über lange Zeit hinweg entwickelt. Die Frage, ob die Installation auf dem Dach hätte erfolgen dürfen, sei nach dem heutigen Erkenntnisstand klar zu verneinen. Die Dachreparatur für eine reine Sporthalle sei sicherlich günstiger als eine Reparatur vor dem Hintergrund, weiterhin eine Versammlungsstätte für bis zu 1.200 Personen zu haben. Die Kostendifferenz, die auf sehr viel höhere Brandschutzauflagen für die Versammlungsstättenvariante zurück zu führen sei, könne er nicht genau beziffern; dies könne das RGM aber sehr gerne ermitteln. Er gehe davon aus, dass die vorherigen Nutzungen auch zukünftig möglich sein sollen. Für die anderen Hallen mit Flachdächern würden derzeit noch Prüfungen in Bezug auf die Statik andauern; hier gebe es aber keine Gefahr im Verzug.

Sollte die Notwendigkeit bestehen, zwischen einer Nutzung als Mehrzweckhalle im Sinne einer Versammlungsstätte und der einer reinen Sporthalle entscheiden zu müssen, so ist nach Auffassung des Rats Herrn **Mederlet** noch eher als der Bauausschuss der Haupt und Finanzausschuss einzuschalten.

1.7.2 Lärm, Verschmutzung und Sicherheit in der Innenstadt;
Anfrage des Ratscherrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 08.11.2011
Vorlage: F/2011/121

Die Anfrage und die Antwort hierauf waren Bestandteile der Einladung.

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, am Vortage der Sitzung habe es im Rathaus eine Gesprächsrunde mit Vertretern des Ordnungsamtes, des Jugendamtes und der Polizei gegeben, die Frau Kuhna initiiert habe. Hier habe die Diskussion versachlicht werden können. Es sei deutlich gemacht worden, dass die Stadt das Thema sehr ernst nimmt. Auch sei eine Überprüfung in Richtung Alkoholverbotzonen für bestimmte Bereiche zugesichert worden. In etwa drei Monaten werde es hierzu auch einen runden Tisch geben. Bis dahin werde die Präsenz an den Brennpunkten merklich verstärkt. Aus dem Bildungs- und Teilhabe paket werde für zwei Jahre aus Fördermitteln auch eine Sozialarbeiterstelle für die „Schulsozialarbeit“ finanziert. Er erläutert die in der Presse veröffentlichten Zahlen zur Jugendkriminalität, ihr rechnerisches Zustandekommen und die sich dahinter jeweils verbergenden Fälle.

Ratscherr **Mederlet** erklärt, neben der objektiven Faktenlage gebe es bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das subjektive Empfinden, dass die Stadt zunehmend unsicherer und schmutziger geworden sei. Die Politik habe mit dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen in Ordnung seien. Ein größerer runder Tisch werde von seiner Fraktion befürwortet. Nach drei Monaten und mit den bis dahin gewonnenen Erfahrungen sollte die Verwaltung zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern wie Eltern und Geschäftsleuten, mit der Politik, mit den Behördenvertretern und mit den Schulen überlegen, was verbessert werden kann. Er habe nicht den Eindruck, das es den beteiligten Behörden egal sei, wie sich die Dinge entwickeln. Wenn sich nach den Statistiken nicht sehr viel geändert hat, müsse man sich fragen, wie man die statistischen Aussagen im Einzelnen gewichte. Die Stellungnahme der Verwaltung zeige deutlich, dass es sehr wohl Bemühungen der Beteiligten gibt, aber es müsse auch analysiert werden, warum es in bestimmten Bereichen der Stadt immer wieder zu Alkoholproblemen Jugendlicher kommt. Er selbst glaube im übrigen nicht, dass man allein in einer Verschärfung der ordnungsbehördlichen Verordnung eine Lösung aller Probleme findet.

1.8 Anträge

1.8.1 Sicherung der Dorfschulen; Antrag des Ratscherrn Andreas Schmitz / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 05.11.2011

Vorlage: A/2011/111

Beschluss:

- 1.) Der Erhalt der Grundschulstandorte in der Stadt und in ihren Dörfern (z. Zt. Kreuzberg, Wipperfeld, Agathaberg und Oberklüppelberg) wird als gemeinsames Ziel von Rat und Verwaltung definiert.
- 2.) Im Falle von strukturell wichtigen Veränderungen, die die dortigen Schulen betreffen, werden auch die Dorfgemeinschaften rechtzeitig und sachgerecht einbezogen. Der Meinungsbildungsprozess in einer so wichtigen Frage kann nicht ausschließlich im Rat und den Ausschüssen gestaltet werden. Die verbindlichen Entscheidungen treffen die dafür vorgesehenen Gremien (Schulkonferenzen, Ausschüsse/Rat).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die Stellungnahme der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung. Ratscherr **Schmitz** begründet den Antrag in einer längeren Wortmeldung auch mündlich.

Ratscherr **Schmitz** zieht die Ziffer 2 des Antrags zurück, nachdem die Ratscherrn **Mederlet** und **Koppelberg** für ihre Fraktionen um getrennte Abstimmung zu den Ziffern 1 bis 3 auf Grund dessen bitten, dass der Inhalt von Ziffer 2 für sie nicht zielführend bzw. ohne inhaltliche Konkretisierung nicht effektiv ist.

Ratscherr **Mederlet** führt insbesondere zahlreiche andere Maßnahmen und Bemühungen der Stadt an, die alle zur Stärkung der Dörfer und ihrer Infrastruktur sowie damit auch zur Sicherung als Grundschulstandorte beitragen würden, ohne dass es dazu dieses Antrags bedurft hätte. Die Stadt habe außerdem in einem teuren, aber auch sehr gut kommunizierten Verfahren einen neuen Flächennutzungsplan aufgestellt. Zu diesem einstimmig verabschiedeten FNP hätten fachliche und sachliche Diskussionen, dies unter starker Beteiligung der Öffentlichkeit unter anderem vor Ort in den Dörfern, geführt.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass

- der Haupt- und Finanzausschuss heute keine Beschlussempfehlung an den Stadtrat ausspricht, sondern einen eigenen Beschluss fasst,
- die Ziffer 1 des Antragstextes in der Form ergänzt wird, dass die innerstädtischen Schulen mit in das formulierte gemeinsame Ziel von Rat und Verwaltung einbezogen werden und
- über die Ziffern 1 und 2 (ehemals Ziffer 3) en bloc abgestimmt werden kann.

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Verlängerung der Nordtangente (B 237n); mündlicher Bericht der Verwaltung

Bürgermeister **von Rekowski** erläutert in einem längeren Sachstandsbericht die Situation um die Verlängerung der Nordtangente. Er geht insbesondere ein auf die Berichterstattung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 27.09.2011, auf seine Verärgerung über die Vorgehensweise des Rats Herrn Klett, auf die Berichterstattung in der BLZ-Ausgabe vom 27.10.2011 und die daraus entstandenen Irritationen über eine angeblich mangelnde Unterrichtung des Rates, weiter auf das Klageverfahren, auf die mit dem Ministerium und mit der Klägerin geführten Gespräche sowie auf die einvernehmliche Lösung in Form der Klagerücknahme im Kontext zu einer noch zu erarbeitenden Vereinbarung zum Lärmschutz.

Sein Statement schließt er ab mit einem ausdrücklichen Dank für die Unterstützung durch alle Fraktionsvorsitzenden, die Kollegen der Verwaltung, bei Herrn Dr. Reimar Molitor sowie bei Bürgerinnen und Bürgern, die ihn durch Schreiben, persönliche Ansprachen, aber auch durch Kooperation und Verständnis unterstützt hätten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt diese Mitteilung ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.2 Sanierung Walter-Leo-Schmitz-Bad; hier: endgültige Kostenübersicht Vorlage: M/2011/918

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Ausschuss einschließlich der zusätzlichen Informationen der Verwaltung auf die Nachfragen der Ratsmitglieder **Scherkenbach** (zur abweichenden Information gegenüber dem Rat) und **Billstein** (zum nicht mit der Sanierung zusammenhängenden Problem nicht ablaufenden Wassers aus dem Liegewiesenbereich) zur Kenntnis.

1.9.3 Termine der Rats- und Ausschusssitzungen 2012 Vorlage: M/2011/913

Der Entwurf des Sitzungskalenders 2012 war als Anlage einer schriftlichen Mitteilung Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** regt an, dass die Verwaltung in der am 14.03.2012 vorgesehenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt den Mitgliedern noch einmal einen Überblick über die Planung und den Bau der Verlängerung der Nordtangente gibt.

Die Anregung des Rats Herrn **Schmitz**, die Haushaltsverabschiedung mit Rücksicht auf die Weihnachtszeit und die Weihnachtsferien wieder ins Vorjahr zu verlagern, findet keine einhellige Zustimmung. Vielmehr sollen hier zunächst Erfahrungen mit der Einbringung im Dezember und der Beschlussfassung Ende Januar/Anfang Februar abgewartet werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Terminplan wurde wie in den Vorjahren auf Karten ausgedruckt und verteilt. Außerdem sind die Sitzungstermine zwischenzeitlich auf der städtischen Homepage innerhalb des Bürger- bzw. Ratsinformationssystems veröffentlicht worden.

1.10 Verschiedenes

1.10.1 Ablauf der Ratssitzung am 14.12.2011

Vorlage: M/2011/914

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Ausschuss ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.10.2 Nachfrage bezüglich der Resolution des Rates zur Dichtigkeitsprüfung

Ratsherr **Scherkenbach** kommt auf die am 18.10.2011 vom Rat beschlossene Resolution zur Aussetzung des § 61a LWG zurück. Heute habe ihn eine Nachricht per Email erreicht, wonach sie noch nicht versandt worden sei.

Bürgermeister **von Rekowski** bestätigt diesen leider passiertten Fehler. Grund sei, dass zwei Dienststellen in der Verwaltung davon ausgegangen, dass die jeweils andere die Resolution versandt habe. Im Rahmen der Beschlusskontrolle sei dies dann aufgefallen. Herr Kusche selbst sei auf die Interessengemeinschaft zugegangen und habe diesen Irrtum der Verwaltung eingestanden. Am morgigen Mittwoch werde die Resolution postalisch auf den Weg zum Landtag gebracht.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -